

Bezugspreis:
Monatlich 30.— M., vierteljährlich 85.— M., halbjährlich 160.— M., jährlich 300.— M. Einmalige Anzeigenpreise sind in der Rubrik 'Anzeigen' zu finden. Die Anzeigenpreise sind für die ersten 10 Zeilen pro Tag. Die Preise für die zweite und dritte Zeile sind ermäßigt. Die Preise für die vierte und fünfte Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die sechste und siebte Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die achte und neunte Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die zehnte Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die elfte und zwölfte Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die dreizehnte und vierzehnte Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die fünfzehnte und sechzehnte Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die siebzehnte und achtzehnte Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die neunzehnte und zwanzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die einundzwanzigste und zweiundzwanzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die dreiundzwanzigste und vierundzwanzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die fünfundzwanzigste und sechsendzwanzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die siebenundzwanzigste und achtundzwanzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die neunundzwanzigste und dreißigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die einunddreißigste und zweiunddreißigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die dreiunddreißigste und vierunddreißigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die fünfunddreißigste und sechsunddreißigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die siebenunddreißigste und achtunddreißigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die neununddreißigste und vierzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die einundvierzigste und zweiundvierzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die dreiundvierzigste und vierundvierzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die fünfundvierzigste und sechsundvierzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die siebenundvierzigste und achtundvierzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die neunundvierzigste und fünfzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die einundfünfzigste und zweiundfünfzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die dreiundfünfzigste und vierundfünfzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die fünfundfünfzigste und sechsundfünfzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die siebenundfünfzigste und achtundfünfzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die neunundfünfzigste und sechzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die einundsechzigste und zweiundsechzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die dreiundsechzigste und vierundsechzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die fünfundsechzigste und sechsundsechzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die siebenundsechzigste und achtundsechzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die neunundsechzigste und siebenzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die einundsiebzigste und zweiundsiebzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die dreiundsiebzigste und vierundsiebzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die fünfundsiebzigste und sechsundsiebzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die siebenundsiebzigste und achtundsiebzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die neunundsiebzigste und achtzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die einundachtzigste und zweiundachtzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die dreiundachtzigste und vierundachtzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die fünfundachtzigste und sechsundachtzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die siebenundachtzigste und achtundachtzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die neunundachtzigste und neunzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die einundneunzigste und zweiundneunzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die dreiundneunzigste und vierundneunzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die fünfundneunzigste und sechsundneunzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die siebenundneunzigste und achtundneunzigste Zeile sind ebenfalls ermäßigt. Die Preise für die neunundneunzigste und hundertste Zeile sind ebenfalls ermäßigt.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 12. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Entscheidung über Oberschlesien.

Keine Einigung der J.R. — Einberufung des Obersten Rates.

Paris, 11. Juli. (WZB.) Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, wird die französische Regierung in wenigen Tagen der englischen Regierung vorschlagen, den Obersten Rat entweder nach Boulogne oder nach Paris gegen den 25. Juli zusammenzuberaufen. Die aus Oberschlesien erhaltenen Nachrichten hätten die Hoffnung zerstreut, daß die alliierten Kommissare sich über einen gemeinsamen Grenzverlauf einigen könnten. Man glaubt deshalb in Paris, es sei das Beste für die alliierten Regierungen, das Problem sobald wie möglich zu behandeln und nicht mehr den Versuch zu machen, es durch eine Sachverständigenkonferenz zu lösen, wie Lord Curzon und Briand während ihrer Pariser Beratung geglaubt hätten.

Lloyd George erklärte im Unterhause, daß man auf der nächsten Tagung des Obersten Rates eine Regelung der oberschlesischen Frage zu erreichen hofft. „Evening Standard“ meldet, daß der Oberste Rat wahrscheinlich in Kürze zusammentreten werde.

Soll das so weiter gehen?

Rußland, 12. Juli. (WZB.) Wie der „Oberschlesische Kurier“ meldet, wurden in Grabowka bei Lubom deutsche Arbeiter von Polen überfallen. Die Deutschen setzten sich zur Wehr, konnten aber gegen die große Uebermacht nichts ausrichten. Sie wurden von den Polen mit einem Maschinengewehr auf 20 Meter Entfernung beschossen. Fünf Deutsche sind tot, einer wurde schwer verwundet. Dieser schleppte sich noch bis in die Tür, wo er von den Polen, die den Blutspuren nachgingen, erschlagen wurde.

Auf der Strecke zwischen Kattowitz und Rybnik wurden Güterzüge von Banditen überfallen und beraubt. Bei Indaweihe wurde der Möbeltransport eines Oberlehrers, der ins Reich fahren wollte, vollständig ausgeraubt. In einem zweiten Fall handelt es sich um die völlige Ausraubung des Möbeltransports des Redakteurs Leonhardt aus Kattowitz. Was die Banditen nicht mitnehmen konnten, zerstörten sie vollständig. Im Wohnwagen hinterließen sie Aufschriften gemeinster Art in polnischer Sprache.

Sanktionsdebatte in Frankreich.

Paris, 12. Juli. (WZB.) In der gestrigen Nachmittagsitzung der Kammer erklärte der frühere Kriegsminister Abg. André Bessère im Hinblick auf die Selbstschutzwverbände Hoefers, er stelle die Tatsache fest, daß die deutsche Regierung insofern sei, von heute auf morgen ein Korps von 40 000 Mann aufzustellen. Er zweifle nicht an dem guten Willen des Kabinetts Barth, bezweifle aber seine Macht. Er hoffe, daß man die Kommission Rollet ihre Tätigkeit fortsetzen lassen werde. Im Falle einer neuen deutschen Verletzung müsse man das Ruhrgebiet besetzen; dann kontrolliere Frankreich die Kohlen und könne Deutschland verhindern, einen neuen Krieg zu führen.

Ministerpräsident Briand erklärte demgegenüber, er vertraue auf Hoch, Wengand und Rollet. Die Aufgabe der Kommission Rollet sei noch nicht beendet. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland könnten nicht normal werden, als diese Nation von dem Revanchegedanken geleitet sei. Die Befreiung des Ruhrgebietes hält Briand für unnötig. Er fragt, ob Deutschland das Ruhrgebiet in Kriegszustand ausbeuten könne, wenn die französischen Truppen da ständen, wo sie jetzt seien. Es hänge nur von Deutschland ab, daß diese Sanktionen nicht mehr in Geltung bleiben. Es handele sich darum, ob Deutschland Wort halten könne.

Fortschritt der Reparationsverhandlungen.

Paris, 12. Juli. (WZB.) Wie die Agence Havas meldet, treten die deutschen und die französischen Sachverständigen gestern nachmittag im Ministerium des Aeußern unter dem Vorsitz Louchours zusammen. Guggenheimer brachte die Antwort der deutschen Regierung auf die französischen Vorschläge betreffs der Reparationen zur Kenntnis, insbesondere betreffs der Lieferungen, die auf die deutsche Schuld während einer gewissen Periode angerechnet werden sollen. Die Modalitäten der Ausführung des Programms werden im Laufe von weiteren Unterredungen zwischen den Sachverständigen beider Länder festgelegt werden. Die Unterredungen scheinen, wie der Havasbericht sagt, zu einem günstigen Ergebnis gelangen zu sollen. Die Besprechungen haben heute nachmittag sofort nach Schluß der Vollziehung begonnen. Außer Louchour waren die französischen Sachverständigen Seydoux, Cheysson und Peltz zugegen, die auch schon an früheren Sitzungen teilgenommen haben. Die deutschen Vertreter brachten den Wunsch der Berliner Regierung zum Ausdruck, rasch zu einer Regelung der Frage der Lieferungen in natura zu gelangen. Louchour erklärte, er teile diesen Standpunkt, die deutschen Vorschläge müßten aber erst geprüft werden. Die Sachverständigen, die mit dieser Arbeit betraut werden, werden sich direkt mit den deutschen Delegierten, jeder aber ein bestimmtes Thema, beraten. Eine Vollziehung wird wahrscheinlich am Mittwoch vormittag stattfinden.

Deutschösterreichs Selbstbestimmungsrecht.

Wien, 12. Juli. (WZB.) Der Bundesrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, gegen den Gesetzesbeschluss des Nationalrats zur Durchführung einer Volksbefragung und einen an den Rat des Völkerbundes auf Grund des Artikels 88 des Friedensvertrages zu stellenden Antrag keinen Einspruch zu erheben.

In seinem Referate bezeichnete Berichterstatter Dr. Hartmann das Gesetz als eine der vielen Etappen auf dem Wege zum Anschluss an das Deutsche Reich. Jeder Versuch, den Ausdruck des Wunsches der österreichischen Bevölkerung zu verhindern, sei eigentlich das Zeichen eines bösen Gewissens, das nicht wolle, daß die Absicht der Deutschösterreicher vor aller Welt kund werde, das Selbstbestimmungsrecht im Sinne des Anschlusses an Deutschland ausüben zu wollen. Trotz aller Not von außen und von innen wolle Oesterreich seine geheiligten Grenzen haben, die aber nicht auf strategische Notwendigkeiten und auf den sacro egoismo zurückgingen, sondern auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Lloyd Georges Erklärung.

London, 12. Juli. (WZB.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses gab Lloyd George die angekündigte Erklärung über den englisch-japanischen Vertrag und die Politik Englands im fernem Osten und dem Stillen Ozean ab. Zwischen der britischen Regierung einerseits und Amerika, Japan und China habe eingehender Meinungsaustausch stattgefunden. Die Vereinigten Staaten ebenso wie China hätten eine Stellung eingenommen, die den Wünschen Englands entspreche. Von Japan liege noch keine endgültige Aeußerung vor, doch dürfe man hoffen, daß auch sie in günstigem Sinne ergehen werde. Mit den Vereinigten Staaten seien Verhandlungen eingeleitet, die auf eine Verringerung der Rüstungen im Stillen Ozean abzielten.

Die Zweifel, ob der englisch-japanische Vertrag als gekündigt zu betrachten sei, seien durch den Lordkanzler in Verbindung mit dem Kronjuristen in dem Sinne behoben worden, daß eine Kündigung nicht vorliege. Der Vertrag bleibe sonach noch zwölf Monate, nachdem eine Kündigung ausgesprochen werden würde, in Kraft.

Was die Politik im fernem Osten und im Stillen Ozean anlangt, so behalte die britische Reichsleitung den Grundgedanken im Auge, in freundschaftlicher Fühlung mit den Vereinigten Staaten vorzugehen. Mit Japan wünsche die Reichsregierung ebenfalls enge Freundschaft zu erhalten, da hiervon das Gedeihen des britischen Reiches ebenso wie des fernem Ostens abhängt. Nach wie vor halte die britische Reichsregierung an der Politik der offenen Tür in China fest.

Die Herbeiführung einer Konferenz zur Erörterung der Fragen des fernem Ostens und des Stillen Ozeans sei auf bestem Wege. Die Konferenz über die Verminderung der Rüstungen solle demnächst in Washington stattfinden.

„Matin“ meldet, daß Briand bereit sei, an der Konferenz von Washington über die Abrüstung teilzunehmen; er werde sich persönlich nach Washington begeben. Wie „Daily Chronicle“ meldet, wird auch Lloyd George zur Teilnahme an der Konferenz nach Washington gehen.

Polens „Sanierung“.

Warschau, 12. Juli. (TU.) Die Regierungsvorlage, die die Neuausgabe von 20 Milliarden Mark Banknoten genehmigt, ist in der Plenarsitzung des Sejm nach stürmischer Debatte angenommen worden. Damit ist für den Augenblick die Gefahr einer Regierungskrise beseitigt, die akut war, da sich zur Opposition der Rechtsparteien gegen die Finanzpolitik der Regierung die Opposition der Linksparteien gegen die Verpflegungspolitik gesellte.

Die Behebung der Wohnungsnot.

Der vom preussischen Landtag eingesetzte Ausschuss für das Siedelungs- und Wohnungswesen beginnt jetzt mit der Berichterstattung über die ihm überwiesenen Anträge zur Milderung der Wohnungsnot. Ausführlich hat sich im Ausschuss der Staatssekretär im Wohlfahrtsministerium zu diesen Anträgen geäußert und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß es zur Behebung der Wohnungsnot keinen anderen Weg gebe, als einerseits die Niedrighaltung der Miete und andererseits die Förderung der Neubauten durch öffentliche Unterstühtungen. Diese Politik Deutschlands sei nahezu von der ganzen Kulturwelt nachgeahmt worden. Die Neubautätigkeit auf privatwirtschaftlicher Grundlage scheiterte einfach daran, daß heute ein Berliner Miethaus viererhalb Millionen Mark koste, wovon bestenfalls eine halbe Million durch Hypotheken zu beschaffen ist, so daß noch vier Millionen zu bezahlen bleiben. Es gebe niemanden, der dies Leihkapital herbeibringe, deshalb müsse die öffentliche Unterstühtung Platz greifen. Erst wenn das Reichsmietengesetz erlassen ist, könne Preußen die Ausführungsbestimmungen dazu festlegen.

Die Erfassung der Goldwerte.

Von Hugo Heimann.

Es ist die selbstverständliche Forderung aller Sozialisten nicht nur, sondern aller irgendwie sozial gefonnenen Menschen, die ungeheuren Lasten der Kriegsschädigung den tragfähigsten Schultern aufzubürden und den Verbrauch der Massen möglichst wenig oder gar nicht zu belasten. So selbstverständlich dieser Grundsatz ist und so viel gewonnen wäre, wenn er allseits eine ehrliche und tatkräftige Anerkennung fände, so ist aber doch mit der bloßen Aufstellung dieses Grundsatzes die eigentliche Arbeit noch keineswegs getan, ja nicht einmal begonnen. Nichts ist schwieriger als Steuergrundzüge, sie mögen sozial noch so gerechtfertigt sein, in die Praxis zu überlegen. Die Erfahrungen mit den Besitzbesteuerungen der letzten Jahre lehren es zur Genüge. Darum kann gar nicht oft und sorgfältig genug geprüft werden, ob irgendwelche etwa vorgeschlagenen Maßregeln durchführbar sind und ob sie, wenn durchgeführt, tatsächlich so wirken, wie ihre Urheber es erwarten.

Die Besitzbelastung denkt man sich zunächst stets in der Form der direkten Steuern. Dabei ist aber sofort die Frage zu stellen, ob die Steuer tatsächlich einkommt und ob, wenn dies der Fall ist, sie letzten Endes nicht doch sich in eine Verbraucherbelastung verwandelt.

Wie steht es nun bezüglich dieses letzteren Punktes mit dem in der Öffentlichkeit neuerdings vielerörterten Plan der Erfassung der sogenannten Goldwerte. Bekanntlich sind eine Reihe von wichtigen Verbrauchsgütern und Ausgaben bisher im Preise künstlich niedergehalten worden, die ihre Preisentwicklung hat mit der allgemeinen Preissteigerung, der Folge der Geldentwertung, nicht Schritt gehalten. Die unvermeidlich gewordene Annäherung an das allgemeine Preisniveau würde natürlich ohne öffentlichen Eingriff den privaten Produzenten zugute kommen, und eben diese Spanne zwischen dem künstlichen und dem Weltmarktpreise will jener Plan steuerlich nutzbar machen. Es ist richtig, daß dadurch die Absicht erreicht würde, den Privaten einen durchaus ungerechtfertigten Vermögenszuwachs vorzuenthalten. Insofern also ist solche Absicht unbedingt mit aller Kraft zu fördern. Aber es darf andererseits nicht übersehen werden, daß die geplante Preiserhöhung zugunsten des Staates doch unmittelbar auf Kosten des Verbrauchers geht. Für seine Lage macht es keinen Unterschied aus, ob der Preiszuschlag dem Grundeigentümer bzw. dem Besitzer der Produktionsmittel oder ob er dem Reich für die Reichsverpflichtungen zugute kommt. Bei allen finanztechnischen Vorzügen eines solchen Planes darf also keine Illusion darüber hinwegtäuschen, daß zwar den Eigentümern der Goldwerte ein durchaus ungerechtfertigter Vorteil vorenthalten bliebe, daß aber die Last der Steuer, die Verbraucher gegenüber der heutigen Lage, mit voller Wucht doch den Verbraucher trafe.

Es ist nun von einer Seite ein Vorschlag gemacht worden, dessen Zweck es ist, die breite Masse der Verbraucher und Angestellten, also die Arbeiter, gleichwohl von den Lasten dieser Preiserhöhung zu befreien, sodas nur die leistungsfähigsten Verbraucher getroffen würden, und diese natürlich um so härter. Das Mittel ist die gleitende Lohnskala, die automatische Anpassung des Lohnes an die Preise der wichtigsten Verbrauchsgüter. Es liegt aber im Wesen der gleitenden Skala, daß sie wirklich wirksam nur dann sein kann, wenn sie einer kleineren Gruppe von Menschen zugute kommt, während alle anderen den Schwankungen der Preise ausgeliefert sind. Soll sie dagegen für alle Lohn- und Gehaltsempfänger, also doch für die ganz große Mehrheit der Volksgenossen gelten, so würde von den steuerlichen Preiserhöhungen nur der kleine Rest des Volkes getroffen: die Kapitalisten, die Angehörigen der freien Berufe und die Rentner, deren Renten unverändert auf den gleichen Marktbetrag lauten wie vor dem Kriege. Es ist bekannt, daß diese beiden letzteren Gruppen von den Nöten der Zeit so schonungslos getroffen sind, daß niemand hoffen kann, bei ihnen Dupende von Milliarden jährlich zu erfassen. Bleiben also die Kapitalisten.

Selbst wenn nur die Gewinne der Besitzer der Produktionsmittel so groß bleiben, wie vielfach in den letzten Jahren, so steht doch keineswegs dieser Gesamtgewinn für die steuerliche Erfassung zur Verfügung, sondern ein erheblicher Teil muß für die Erweiterung der Produktion zurückgelegt werden. Es kämen nur diejenigen Summen in Frage, die dem bisherigen Verbrauch der Kapitalisten entsprechen. Wie es aber bekannt ist, daß der Verbrauch der Kapitalisten, bei dem Zahlenverhältnis der Klassen, auf den Kopf der Arbeiterschaft verteilt, nur einen geringen Betrag ausmachen würde, so kann diese Summe auch nicht entfernt den jährlichen Bedarf für die Kriegsschädigung decken. Es würde also, um die Verpflichtungen aus dem Ultimatum zu erfüllen, auch der Verbrauch der Massen belastet werden. So erweist sich gegenüber dem heutigen Problem schon aus diesen Gründen die gleitende Lohnskala für alle Lohn- und Gehaltsempfänger als unzulänglich, wobei andere Gründe wie die zahlreichen Möglichkeiten der Umgehung dieser neuen Form der Zwangswirtschaft hier nur angedeutet werden sollen.

Wie immer man es also versucht, stets bleibt die Last zu einem großen Teile schließlich doch auf den breiten Massen der Verbraucher liegen. Es ist nötig, diese bittere Wahrheit rechtzeitig zu erkennen und auszusprechen; sonst würde man sich dem Vorwurf aussetzen, einen Mangel an Voraussicht bewiesen oder gar ein Versprechen gebrochen zu haben.

Angesichts der Tatsache, daß nur ganz wenige Arbeitergruppen den gleichen Stand der Lebenshaltung wie vor dem Kriege bewahrt haben, der Durchschnitt aber um 30—40 Proz. selbst unter diesen Stand gesunken ist, muß mit allen Mitteln eine Milderung des Uebelstandes angestrebt werden. Eine solche würde in dem Maße eintreten, als es gelingen würde, die technischen Methoden der Produktion zu verbessern. Der Mehrertrag aus besserer Ausnutzung der Anlagen würde dann für die Kriegsschädigung abgeschöpft, und da hier in Industrie und Landwirtschaft noch ungeheure Möglichkeiten der Verwirklichung harrten, so müßte auf diese Weise ein stets wachsender Teil der Last von den Schultern des Verbrauchers genommen werden können.

So sehr nun allerseits von einer Entwicklung der Produktivkräfte eine Erleichterung der Lage erhofft wird, so steht doch merkwürdigerweise die naheliegende Frage keineswegs im Mittelpunkt der Erörterung, ob nicht vielleicht gerade mit steuerlichen Mitteln die Produzenten auf diesem Wege vorangetrieben werden könnten. Produktiv ist diejenige Steuer, die dem wirtschaftlichen und technischen Fortschritt einen Anreiz bietet. Gelänge es also, die geplante Besitzbesteuerung nach dieser Richtung auszubauen, so wäre viel erreicht. Und da bietet vielleicht der gleichfalls viel erörterte Gedanke einer Übertragung von Kapitalanteilen an die Entente einen wirksamen Ansatzpunkt für diesen besonderen Zweck. Eine solche Vermögensübergabe wird vielfach für die naturgemäß besonders schwierige Anfangszeit als unumgänglicher, wenn auch sehr unangenehmer Notbehelf betrachtet werden müssen. Solange die Ergiebigkeit der Wirtschaft noch nicht so weit gesteigert ist, daß aus dem Ertrage die Last bestritten werden kann, ohne die Verbraucher allzu sehr zu schädigen, solange würde wohl eine Übertragung von Kapitalanteilen die Lücke ausfüllen müssen. Vielleicht wäre nun diese Maßregel einer Verbesserung in der Richtung fähig, daß den Kapitalisten die Möglichkeit gewährt würde, aus der Erhöhung der Erträge die abgetretenen Kapitalteile zurückzukaufen. Auch die Gegenpartei, von deren Zustimmung ja die Durchführbarkeit der Maßregel abhängt, würde dabei ein gutes Geschäft machen. Geseht den Fall, es würden bei einer Fabrik 20 Proz. des Aktienkapitals den bisherigen Eigentümern entzogen und der Entente übergeben. Wird nun die Ausnutzung der Anlagen verbessert, so steigen die Dividenden für Inländer und Ausländer. Im Inland werden infolgedessen Rücklagen aufgehäuft, um den abgetretenen Kapitalteil zurückzukaufen. Inzwischen aber haben kraft dieser inländischen Bemühungen die ausländischen Aktionäre den Genuß von der höheren Verzinsung, der ihnen vermutlich entgangen wäre, wenn nicht die deutschen Kapitalisten durch das Rückkaufsrecht zur Verbesserung der Produktion angereizt würden. Eine Schwierigkeit liegt in der Bewertung der zurückzukaufenden Anteile, die ja entsprechend ihrem nun erhöhten Ertrage ihrerseits im Kurswerte gestiegen wären. Aber diese Schwierigkeit kann nicht unüberwindlich sein, denn selbst wenn man das Rückkaufsrecht zu demjenigen Kurse festsetzt, zu dem die Anteile bei ihrer Abtretung auf die Kriegsschädigung angeordnet wurden, bliebe dennoch der Vorteil für die Ententeaktionäre außerordentlich groß; sie würden dann zwar keinen Kapitalzuwachs erfahren, wohl aber würde ihr gleichbleibendes Kapitaleigentum, das ursprünglich nach den Regeln der Kursbildung den durchschnittlichen Zins erbrachte, diesen normalen Zinsfuß immer mehr überschreiten, bis die Anteile schließlich zurückgekauft würden.

Natürlich sind viele Wege gangbar. Aber das kann sich nur auf die Ausgestaltung der Einzelheiten beziehen. Der Grundsatz, die kaum vermeidliche Vermögensübertragung zugleich als

Anreiz zur Vervollkommnung der Wirtschaft zu benutzen, erscheint zweckentsprechend und durchführbar. Freilich darf auch hieron kein Wunder und keine vollkommene Entlastung der Verbraucher erwartet werden. Aber in unserer schlimmen Lage haben wir kein Recht, eine immerhin weitgehende und steigerungsfähige Milderung um deswillen zu verwerfen, weil sie nicht das ganze Uebel behebt.

Einheitsfront gegen den Sozialismus!

München, 12. Juli. (M.) Gestern abend sprach neben anderen in einer öffentlichen Versammlung der Bayerischen Mittelpartei der Reichstagsabgeordnete Eder von Braun, Präsident des Reichswirtschaftsrates. Er erklärte, das Kabinett Wirth werde in sich zusammenbrechen. Man werde dann aus der Verlegenheit zu Neuwahlen im Herbst schreiten. Die Sozialdemokratie arbeite auf Neuwahlen hin mit der Parole: „Gegen den Besitz“. Sie hoffe dabei auch wieder mit der Vereinigung der U.S.P. Der Redner fuhr fort: „Kommen Neuwahlen, dann brauchen wir eine Einheitsfront gegen die Sozialisierung, dann brauchen wir eine bürgerliche Regierung, wie sie sich so vortrefflich in Bayern bewährt hat.“

Der deutschnationalen Abgeordnete Hergt prophezeite den Zusammenbruch der Westfront der Entente, weil die Amerikaner „nicht schwimmen und nicht fliegen“ könnten. Helfferich hielt es für überflüssig, Besitzsteuern einzuführen, weil die besiegte Entente ja doch alles zahlen müsse. Als dritter Prophet im Bunde gefellte sich der Edel v. Braun hinzu, der den Zusammenbruch des Kabinetts Wirth ankündigt. Sollten die Erfahrungen seiner Parteifreunde ihn nicht etwas vorsichtiger machen? Bedauerlicherweise müßte man allerdings oft feststellen, daß gerade der deutsche nationale Prophet etwas in seinem Vaterlande gilt. Der Aufruf zu einer Einheitsfront gegen den Sozialismus wird der Arbeiterchaft die Augen darüber öffnen, welche Gefahren die Zerplitterung für sie bedeutet und wo der Feind steht.

Krestinski über seine Ausweisung.

Der aus Bayern ausgewiesene russische Volkskommissar Krestinski teilte einem Pressevertreter Einzelheiten über seine und seines Sekretärs Deutchmann erfolgte Ausweisung mit. Im Gegensatz zur offiziösen Meldung der bayerischen Behörden erfolgte der Wohnungswechsel jedesmal mit Wissen und Genehmigung der bayerischen Stellen, so daß keine für Ausländer geltende Verordnung verletzt worden sei. Vollständig aus der Lust gegriffen sei die Mitteilung, daß er, Krestinski, in Gmünd oder dessen Umgebung geheime Verhandlungen mit bayerischen oder ausländischen Bolschewisten geführt hätte. Regierungsrat Lang, der Beauftragte der bayerischen Polizei, habe selbst nach Durchsicht der Papiere und Beendigung des Verhörs erklärt: „Wir haben uns davon überzeugt, daß Sie sich wirklich nicht politisch betätigt haben, die ganze Bevölkerung Bayerns protestiert jedoch dagegen, daß auf ihrem Territorium russische Bolschewisten sich haben frei bewegen dürfen. Zur Vermeidung parlamentarischer Anfragen mußten wir die nötigen Maßnahmen ergreifen.“

Krestinski fügte noch hinzu, daß er aus einer alten russischen Adelsfamilie stamme und Nikolai Nikolajewitsch heiße, und nicht, wie einige antisemitische Zeitungen angeben, Nathan.

Die U. meidet, wurden gestern die Akten über die Ausweisung der beiden russischen Kommissare aus Bayern an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München übermiesen, die sich mit der weiteren Untersuchung der Angelegenheit befassen soll.

Der beschimpfte Vaterlandsgedanke.

Aus München wird uns geschrieben: Unermüdlich setzt die Münchener Hehnpresse ihre Katastrophopolitik der Volkervergiftung fort. Als dankbares Zugstük weiß sie in letzter Zeit ganz besonders die „nationalen“ Register ihrer Hahngänge zu ziehen.

und fuhr mit dem nächsten Zug nach Hause. Was sollte er, der Sohn der grünen Berge und Wälder, in der braunen Steinmühle?

Zu Haus, da machte er, bis das Defizit ihn verdrängte, seinen „Nahbejahl“, da schrieb er das köstliche Neue Testament, wie's der Schleiferfranz erzählt, da zeichnete er sonst alle Drolligkeiten der Viergebrügel auf.

Wenn alle Verbandstage der Glasarbeiter Oesterreichs den Sitz des Verbandes doch immer wieder im äußersten Zipfel des Reiches ließen, so spielte da ganz gewiß die Rücksicht auf den Kaiser eine Rolle; das Risiko war zu groß, diesen wurzelfesten Baum noch anderswohin zu verpflanzen. Und so mußten selbst die Einzelmitglieder im Himalaya — jawohl, die gab's — ihre Beiträge und natürlich auch ihre Beschwerden, nach Tiefenbach, Post Tannwald in Böhmen, schicken.

Dorum aber verlor der Einsiedler nicht den Zusammenhang mit der Welt, denn abgesehen von dem Gewerkschaftsamt waren da noch die schließlichen Dichter Karl Hauptmann, Klings usw., mit denen der Kollege im Verkehr stand, und war vor allem die große weltumfassende Arbeiterbewegung. Als ich ihn im Sommer 1919 zum letztenmal besuchte, klagte er bitter über die Spaltung in Deutschland. Jetzt haben sie sie in Deutschböhmen auch. Aber hinter Grundmanns Sorge werden sie eines Herzens geschritten sein, die Schleiferleute, in gemeinsamer Trauer um ihren Dichter, um den Schleiferfranz.

Richard Bernstein.

Kleidung und Stimmung. Kleider machen nicht nur Leute, sondern auch Stimmungen. Jeder hat wohl schon einmal den merkwürdigen seelischen Einfluß empfunden, den ein Kleidungsstück auf ihn ausübt, und der Reiz aller Mästeraden ist in diesem Erlebnis begründet. In einer Abhandlung der Festschrift der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft über „Arbeit und Wärme“ hat Geh. Rat Rubner, der Direktor des Instituts für Arbeitsphysiologie, diesen Zusammenhang von Kleid und Stimmung wissenschaftlich untersucht, und er betont, wie wichtig die Art unserer Bekleidung für viele Lebensgewohnheiten und für unsere ganze Arbeitsleistung ist. Rubner nennt die Bekleidung geradezu „unser Klima“, das wir immer mit uns herumtragen.

Trotzdem hat sich der Mensch bisher wenig um diese Bedeutung des Kleides für sein Lebensgefühl und seine Arbeitsfähigkeit gekümmert und die physikalischen und biologischen Grundzüge vernachlässigt, die bei der rechten Auswahl der Kleidung in Betracht gezogen werden müssen. So mancher steht Zeit seines Lebens in einem falschen Kleid und büßt diesen Fehler durch ein beständiges Unbehagen, durch geringe Leistungen, durch eine Herabminderung seiner Lebensenergie. Durch ungewöhnliche Kleidung kann man vorzeitig ermüden und dadurch unfähig zum Schaffen gemacht werden.

Das wichtigste aller Bekleidungsstücke ist das direkt auf der Haut aufliegende Hemd. Am bedeutungsvollsten für die Wärmeabhaltung ist die in der Kleidung eingeschlossene Luft, die in guter Kleidung 80—85 Proz. beträgt; der Tierpelz weist sogar bis zu 97 Proz. Luft und nur 3 Proz. Haare auf. Das Kleid ist eine wesent-

Während früher nur Korrespondenzen wie der „Miesbacher Anzeiger“ und der „Bölkische Beobachter“ durch ihre politischen Berichterstattungen selbst über die bayerischen Grenzgebiete hinaus erregten, müssen die Hanswurstden eines ernst zu nehmenden Organs wie der „Münchener Neuesten Nachrichten“ im Reich eine bitter harte Beurteilung finden.

Abgesehen von dem täglichen Leitartikel „Der Weg in die Zukunft“, der dem Volk mit wissenschaftlich erbärmlichen Mitteln Hoff und Verachtung gegen den Sozialismus und dessen Hauptträger, die „Berufsdemagogen“, einzuschütten versucht, strotzen die Spalten dieses Blattes in den letzten Tagen voll Giftstoff nationaler Desperadospolitik, voll Geifer gegen Reichskanzler und Außenminister, gegen Republik und Verfassungskonstitution: „Schrei nach Gerechtigkeit!“ — „Rechtsbruch Frankreichs.“ — „Dr. Rosen bedauert.“ — „Gerechtigkeit für alle!“ — „Deutschland Mitglied des Völkerbundes?“

Die tägliche „Begenrechnung“ peitscht die Öffentlichkeit zur Sabotage einer politisch klugen und vernünftigen Behandlung der „Kriegsverbrechen“ am Leipziger Reichsgericht auf. Doch wenn dann die Franzosen sicher nicht unter dem Eindruck der objektiven Verhandlungsleitung, sondern unter dem Trommelfetter des hysterischen nationalstischen Zeitungsgeplärs lehrer machen, dann winkt das Blatt wieder in ohnmächtiger Wut.

Der Schaden, den ein derartiges Blatt unter liebevoller Pflege der bayerischen Regierung dem deutschen Volk zufügt, ist im Augenblick vielleicht gar nicht zu ermessen. Deutschland wird erst gesund, wenn der Vaterlandsbegriff der „M. N. N.“ dem Vaterlandsgedanken Laurés gewichen ist, der sagt: „In der Arbeiterchaft lebt der Schrei nach einem neuen Vaterland, das sich nur durch die Entfaltung jedes einzelnen Nationalgeistes entfalten kann, durch die Fortsetzung von der Idee des Vaterlandes in die Menschheit hinein!“

Bürgermeister nach Körperlänge.

Die bürgerliche Presse rast noch immer gegen den Oberbürgermeister von Kassel, Genossen Scheidemann. Da mag doch einmal daran erinnert werden, was früher dazu gehörte, um Bürgermeister zu werden. Wenige Jahre vor dem Kriege suchte Kassel einen zweiten Bürgermeister, der gleichzeitig als Nachfolger für die in kurzer Zeit frei werdende Stelle des ersten Bürgermeisters in Aussicht genommen war. Es meldete sich damals ein äußerst befähigter Kommunalbeamter aus Götting namens Herzog. Aber er konnte nicht gewählt werden, denn das Kasseler Bürgertum verlangte von seinem Bürgermeister, daß er in erster Linie als Herrenhausmitglied und bei den nicht seltenen feierlichen Empfängen des Kaisers genügend „repräsentieren“ könnte. Nun aber stellte sich heraus, daß Herr Herzog zur Repräsentation nicht die genügende — Körperlänge besaß, auf die bekanntlich Wilhelm der Ehemalige besonderes Gewicht legte. Zwei Schmissle auf der linken Backe konnten diesen Mangel nicht ersetzen. Herr Herzog wurde nicht gewählt.

Einen ähnlichen, um mehrere weitere Jahre zurückliegenden Fall gibt Genosse Thöne bekannt, der vor Zeiten Führer der kleinen sozialistischen Stadtverordnetenfraktion in Kassel war. Zur Oberbürgermeisterwahl hatten sich drei Kandidaten gestellt, die Oberbürgermeister Koch, Dominicus und der bisherige Bürgermeister von Stettin. Die Anhänger des Stettiners im bürgerlichen Stadtverordnetenlager bemühten sich mit größter Anstrengung um die ausschlaggebenden sozialistischen Stimmen. Dabei suchte ihr Führer Genossen Thöne auf und setzte ihn auseinander, daß zwar die beiden anderen Bewerber größere Kapazitäten auf dem Gebiete der kommunalen Verwaltung seien, dafür aber sei der Stettiner Bürgermeister repräsentativer, seine Wahl würde die kaiserlichen Besuche der Stadt fördern!

Wir brauchen nicht hervorzuheben, daß der bürgerliche Wahlmacher mit dieser Argumentation kein Glück hatte. Aber diese Fälle zeigen wohl, nach welcher hervorragenden sachlichen Eignungsmomenten unter dem alten System kommunale Häupter gewählt wurden. Wie vorteilhaft sticht doch das System der Repräsentationsrücksichten gegen die heutige „Buttertruppenwirtschaft“ ab, wo man nur durch Fähigkeiten, ganz ohne Rücksicht auf Körperlänge, Schmissle und Schnurrbartwuchs Oberbürgermeister werden kann!

Franz Grundmann.

In der „Gedemwelt“ haben wir eine Probe seiner letzten Erzählung. Hier folgt ein Erinnerungsblatt, das dem Jünglingsverlorenen einer seiner Freunde widmet.

Trotz wirtschaftlicher Weltbeziehungen weltabgeschlossen und eng begrenzt in seiner besondern Eigenart liegt das deutsche Bergland südöstlich vom hohen Herkamm. Zwischen Oser und Reife stehen die großen Glashütten und die zahllosen Wasserläufe treiben die Schleifmühlen, wo ein wichtiges Bolklein seiner Kunst obliegt. Als noch nicht die Proletarier den Arbeiterschuh erzwingen hatten, lagen die Kleinfeln oft neben dem Schleifstuhl in der Wiege und der seine Kristallstübgen zog in die zarten Lungen. Davon sitzt die Schwindelucht dem Schleifervolk im Felde, und was daran gebessert worden war, das hat das beispiellose Hungerteiden dieser sommerlich wunderbaren und im langen Winter sibirischen Gegend während des Krieges und auch noch unter der aufgezungenen Fremdherrschaft der Tschechen reichlich wieder ausgeglichen.

War da einmal ein junger Mensch, der Grundmann Franz, im Rehorngebirge, einem Ast des Riesengebirges, der ein Lehrer werden sollte, aber zu rebellisch dazu war. Und so lief er vom Seminar weg in die Schleifer. Als die Schleifer sich zu rühren anfingen, war war dabei, mit dem Preußler Robert und so manchem anderen? Der Grundmann Franz natürlich. Mitte der neunziger Jahre schon Redakteur in Gabelung und seitdem immer vornan. Der Glasarbeiterverband machte ihn bald zum Kassierer und Redakteur, und das ist er geblieben bis jetzt, wo die Schleiferkrankheit den Schleiferfranz aus seinem Häufel weggeholt hat. Sie haben ihm den Spruch nie übel genommen, den er auf sie gemacht hat:

Wenn de Schleifer wölde war'n,
Wull'n se oll's gereichen,
Wenn de Schleifer johme sein,
Woll'n se uf sich — — —

Ganz anders noch steckte er ja im Schleiferleben drin als der Nachbar Gerhart Hauptmann in den Wabern, und so hat der Grundmann-Franz zwar auch ein Streikdrama aus ihren Leiden geformt, daneben aber unzählige Schnurten aus dem beweglichen Geist seiner Leute.

Wie war er doch verwurzelt! Als ihn der Schärer-Anton, der leichtblütigere Maler, einst in Reichenberg zusammenpackte und nach Berlin mitschleppte — es waren ja nur sechs Stunden Fahrt, während man nach Wien doppelt solange brauchte —, und als Grundmann bei der Ankunft vom Göttinger Bahnhof aus die Riesenhäuser sah, Kauer an Kauer, mit zehntausend schwarzen Fensterraugen, lautende Straßenbahnen, tudente Autos und all das Großstadtgetöse: da ging er stracks wieder in den Wartesaal, kaufte sich einen Kaffee

liche Ergänzung unserer Haut und für unser Leben so wichtig, daß ungewöhnliche Bekleidung einen großen Verlust für eine Nation darstellt. Es wäre daher zu wünschen, daß namentlich der Arbeitsleidung eine viel größere Aufmerksamkeit als bisher zugewendet würde.

Der Eisfelder Europas. Bei der heißen Witterung, die gegenwärtig in England und Frankreich herrscht und auch bei uns eingeseht hat, schnell der Eisverbrauch gewaltig in die Höhe. London küßt sich täglich mit 4000 Tonnen und Paris mit 1200 Tonnen Eis, und New York hat noch einen viel größeren Konsum. Die außerordentlichen Ansprüche in großen Hitzeperioden kann das aufgespeicherte Natureis und die Fabrikation des künstlichen Eises nicht befriedigen. Man ist daher auf Einfuhr angewiesen, und diese erfolgt aus Norwegen.

Wenn eine Hitzewelle einsetzt, gehen augenblicklich Schiffe von Norwegen ab, die Tausende von Tonnen gefrorener Blöcke herbringen. Das Natureis wird dort in starken hölzernen Schiffen befördert; in einem Stahl- oder Eisenschiff würde die Ladung sehr schnell zu Wasser werden. Das norwegische Eis kommt von den hohen Berggipfeln. In jedem Frühling werden diese kristallklaren Eisfelder durch den Witz von tiefen Furchen durchschnitten, so daß eine Art riesiges Schachbrett entsteht. Dann kommen Arbeiter mit langzahnigen Handspaten, heben die Blöcke heraus, legen sie in eine feste hölzerne Umrahmung und lassen sie zu Tal gleiten, von wo die Eismassen dann in die Schiffe gebracht werden. Tausende von Tonnen finden jeden Sommer ihren Weg nach England, Frankreich und Deutschland; eine geringere Zufuhr erfolgt auch von den Schweizern Gletschern. Das norwegische Sees ist das reinste und beste noch dem künstlichen Eis und so kann Norwegen als der eigentliche Eisfelder Europas bezeichnet werden.

Woran die Welt Hebertsuh hat. Seit der Beendigung des Weltkrieges geht es allenthalben knapp zu. Nur in einem Punkte leistet die Menschheit sich einen Luxus, wie er bisher noch nicht dagewesen ist: in der Herausgabe neuer Briefmarken. Allein in den acht Monaten vom 1. Oktober 1920 bis 31. Mai 1921 sind ungefähr 19000 neue Marken bekannt geworden, ohne Berücksichtigung der Abarten.

Die Velta-Flamme der Keuschheit. Die Komödie „Flamme“ von Hans Müller wurde aus Anlaß ihre Aufführung im Kurtheater von Bad Ischl von der Zenjur für ganz Oösterreich verboten.

Das Stück ist bekanntlich im Berliner Bessing-Theater im vorigen Winter unzählige Male gegeben und hier auch den Mitgliedern unserer Volkshöhne vorgeführt worden, ohne daß eine förmliche Schädigung der Besucher sich bemerkbar gemacht hätte. Die Oösterreicher scheinen in diesem Punkt „onsäntiger“ zu sein als die Berliner.

In der Arbeiter-Kunst-Ausstellung. Vatersburger Str. 30 sprach Ernst Friedrich anläßlich des Jahrestages der Pariser Jubiläumstage am 14. abends 7½ Uhr über „Revolution und Kunst“. Außerdem gelangen revolutionäre Dichtungen zum Vortrag.

Lenin gegen Demokratie.

Auf dem Kongress der Dritten Internationale in Moskau hielt laut Bericht der „Roten Fahne“ am 8. Juli Lenin eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Trotzdem seine militärischen Aktionen vor sich gehen, erachten wir uns noch immer im Kriegszustand befindlich und handeln so, wie es im Kriege üblich ist.

Die Diktatur des Proletariats befindet sich im Kriegszustand, und deshalb:

Können wir niemand Freiheit und Demokratie versprechen.

Um das Banner der Demokratie scharen sich jetzt alle gegenrevolutionären Elemente. Die ganze Welt sieht jetzt das Schauspiel, wie die Rabatten jetzt die Sozialrevolutionäre und Menschewiken dazu veranlassen, die These aufzustellen: Sowjetmacht, aber ohne Bolschewiken. Die schiefe Bourgeoisie weiß sehr gut, daß die Sowjets der Menschewiken und Sozialrevolutionäre nur eine vorübergehende Firma sein werden, welche die Rückkehr der Kapitalisten und Gutsbesitzer in die Wege leitet. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit eines erbarmungslosen Kampfes gegen Menschewiken und Sozialrevolutionäre. Den Bauern aber sagen wir, daß sie entweder mit dem Proletariate, das bereit ist, ihnen die größtmöglichen Zugeständnisse zu machen, gehen müssen. Alles andere ist Unsinn und Demagogie.

Dieser Rede folgte eine lebhafteste Diskussion, von deren Inhalt aber vorläufig nichts verlautet. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die Haltung der Bolschewiken in der Bauernfrage und in der Konzeptionsfrage billigt und über die „menschewischen Parteien in allen Ländern“ mit den üblichen Redensarten herfällt.

Der Bolschewismus hat bekanntlich auf dem Lande das bäuerliche Privateigentum an Grund und Boden hergestellt. Durch seine Konzeptionspolitik ruft er jetzt den westeuropäischen Kapitalismus ins Land und gewährt ihm weitgehende Ausbeutungsfreiheit. Er bestätigt damit auf Grund seiner Erfahrung die menschewistische Voraussage, daß weder das Privateigentum noch der Kapitalismus mit einem Schläge abgeschafft werden kann.

Trotzdem kündigt Lenin den Menschewiken und Sozialrevolutionären den „erbarmungslosen Kampf“ an, und um den Begriff dieses Kampfes vor europäisch-milderer Deutung sicherzustellen, erklärt er ausdrücklich, es solle so gehandelt werden, wie es im Kriege üblich ist, es gäbe keine Freiheit und Demokratie. Als die Bolschewiken die Nationalversammlung auseinandersprenghen, damals erklärten ihre deutschen Verteidiger noch schamhaft, es handele sich nur um ein kurzes Uebergangsstadium, dem die Herstellung wahrer Freiheit und Gleichberechtigung rasch folgen werde. Jetzt, da sich das vierte Jahr der Bolschewistenherrschaft bald vollendet, hören wir noch immer den Ruf: „Kriegszustand!“ „Erbarmungsloser Kampf!“ „Keine Freiheit! keine Demokratie!“

Da Lenin selbst sagt, daß militärische Aktionen nicht mehr vor sich gehen, handelt es sich bei diesem Kriegszustand nur noch um einen Krieg gegen das eigene Volk, der erbarmungslos Kampf geht gegen Sozialisten, die des Verbrechens schuldig sind, schon früher gesagt zu haben, was der Bolschewismus jetzt tun muß, die Unterdrückung von Demokratie und Freiheit stellt sich dar als ein nackter Mißbrauch der Macht. Der Kapitalismus kehrt nach Rußland zurück, aber dem Recht, frei zur Volksvertretung zu wählen, der Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit bleibt noch immer der Weg versperrt. Bolschewismus ist nicht Sozialismus, aber Barbarei.

Schrei nach dem Staatsreich.

Die „Kreuz-Zeitung“ bringt einen Rückblick auf die jüngste Tagung des Reichstags, mit dessen kühneren und gehässigen Verdrehungen wir uns hier nicht befassen wollen, der aber mit folgendem charakteristischen Ausruf schließt:

Wenn wir hoffen könnten, daß sich diese Volkserzieher gegenseitig zum Tempel hinausprügeln! Aber leider ist darauf kein Verlaß, auch keine Aussicht, daß sich, wie an einem anderen 9. November vor 120 Jahren in St. Cloud, ein kleiner General findet, der die Fünfhundert schmerzlos und rabiat aufbebt, zum Segen von Land und Volk.

Die Rechte tut immer sehr entrüstet, wenn man ihr Staatsreichgeflüster nachsagt. Solche Äußerungen, wie die der „Kreuz-Zeitung“ zeigen aber doch zu deutlich, daß auf dieses Ziel die innere Sehnsucht der Herrschenden gerichtet ist. Diese Sehnsucht ist so stark, daß sie sogar unvorsichtig zum Ausdruck gebracht wird, auch wenn taktische Klugheit ein öffentliches Ableugnen der Staatsreichabsicht verlangen würde.

Wilhelm will keine Steuern zahlen.

Französische Blätter melden, daß Kaiser Wilhelm lebhaft gegen die ihm auferlegten Gemeindesteuern der Gemeinde Doorn protestiert habe, indem er erklärte, daß die Gemeindeverwaltung von Doorn kein Recht habe, ihn zu besteuern, da er nach Holland gegen seinen eigenen Willen gekommen und da er in Wirklichkeit nur ein Gefangener sei. Infolgedessen sei er auch nicht der Steuer unterworfen, wie ein freier Bürger Hollands. Der Kaiser soll gleichfalls gegen die Steuer auf sein Einkommen protestiert haben, die man ihm auferlegt hat. Die Mehrheit des Gemeinderats steht aber auf dem Standpunkt, daß der Kaiser freiwillig nach Holland gekommen sei und daß er sich Doorn freiwillig als Residenz ausgesucht hat. Der Gemeinderat berät zurzeit über die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, um den Kaiser zur Steuerzahlung zu zwingen.

Es bleibt abzuwarten, ob diese Meldung der französischen Blätter, die durch die „Dema“ verbreitet wird, auf Wahrheit beruht. Uns will jedenfalls die Stellungnahme des Gemeinderats von Doorn weit begründeter erscheinen als die Wilhelms II. Dieser defektierte bekanntlich bei Ausbruch der Revolution nach Holland, so daß sein dortiger Aufenthalt als ein durchaus freiwilliger anzusehen ist. Der Vater will dem Sohne Prinz Eugen Schieberich offenbar an Steuerdrückerei in nichts nachstehen.

Der 2. U-Boot-Prozess in Leipzig.

Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt begann heute vormittag vor dem 2. Strafgericht des Reichsgerichts in Gegenwart von Vertretern der Reichsregierung und einer englischen Delegation unter Führung des Generalkonsuls Sir Ernest Pollock der 2. Unterbootsprozess. Angeklagt sind die beiden Oberleutnants zur See Ludwig Dittmar und John Boldt, denen als Verteidiger die Rechtsanwältinnen Hahnemann, Dr. Rudolf Beiser-Beipha und Dr. v. Zwebel, Berlin zur Seite stehen.

Es sind 27 Zeugen, darunter 18 Engländer anwesend. Die Anklage wird vom Oberleutnant Dr. Obermeyer vertreten. Als Sachverständiger ist der Korvettenkapitän Sanlawänder von der Reichsmarinoverwaltung in Berlin geladen. Als Dolmetscher fungieren die Herren Peters und Armaus aus Leipzig. Der Zuschauerraum ist dicht besetzt, auch sind zahlreiche ausländische Journalisten, namentlich englische, zugegen. Der An-

geklagte Dittmar ist zurzeit Oberleutnant zur See in Cuxhaven, der Angeklagte Boldt Kaufmann in Danzig.

Der Oberleutnant hat gegen beide

Anklage wegen vorjährlicher Mordes

erhoben, weil sie, nachdem das U-Boot 86 am 27. Juni 1918 120 Seemeilen westlich der Südspitze von Island das Lazarettsschiff „Lantern“ versenkt hatte, gemeinsam mit dem Führer des U-Bootes, Kapitänleutnant Bahig die Schiffbrüchigen nach Aufnahme in die Rettungsboote völlerrechtswidrig habe beschlagnahmt, um die Jungen der völlerrechtswidrigen Versenkung des Lazarettsschiffes zu befehligen.

Kapitänleutnant Bahig ist verschwunden. Er hatte die Angeklagten verpflichtet, nichts über die Ereignisse jenes Tages auszusagen. In seinem Kriegstagebuch hat Bahig nichts von diesen Vorgängen erwähnt. Er hat, wie die Anklageschrift schließlich hervorhebt, während der Beschließung die Mannschaft seines U-Bootes unter Deck gehalten, damit sie nicht Zeugen der Tat sein könnten. Beide Angeklagte haben in der Voruntersuchung jede Auskunft über die Ereignisse des Tages verweigert, und zwar unter Berufung auf ihr dem Kapitänleutnant Bahig gegebenes Versprechen. Der Angeklagte Dittmar erklärt, auch heute nichts auszusagen zu wollen. Boldt dagegen äußert sich allgemein über die äußeren Umstände und erklärt, er sei stolz, unter einem Kommandanten wie Bahig tätig gewesen zu sein.

Er schildert u. a. den Augenblick, als „U. 86“ nur noch einen Torpedo und ein verbogenes Schrohr hatte und eine Reihe von feindlichen Kriegsschiffen sich ihm näherte. Damals wurde von „U. 86“

das amerikanische Transportschiff „Cincinnati“ versenkt.

Er meint, wenn alle U-Bootskommandanten Männer wie Bahig gewesen wären, dann hätte England den Krieg nicht gewinnen können. Der Präsident bemerkt hierbei, hier sei nicht der Ort, um den Krieg nachzuprüfen.

Bahig habe sich, so erklärt Boldt schließlich, geirrt und sich in der Wahl der Mittel vergriffen, aber er habe den heiligen Willen gehabt, die Hungerblockade zu sprengen und Deutschland zum Siege zu führen. Welche Gründe Bahig gehabt habe, in seinem Kriegstagebuch nichts von den Vorgängen zu verzeichnen, wisse er nicht. Hierauf beginnt die Zeugenernehmung.

Groß-Berlin

Einbruch bei Adolf Hoffmann.

Einbrecher besuchten die Wohnung des Reichstagsabgeordneten Adolf Hoffmann in der Kopenstraße 6 in der Nacht zum gestrigen Montag. Adolf Hoffmann war am Sonnabend mit seiner Frau nach seinem außerhalb Berlins gelegenen Landhaus gefahren. In der Zwischenzeit ist seine Wohnung geradezu vandalisch verwüstet worden. Große Mengen Kleidungs- und Wäschestücke, Schmuckgegenstände usw. im Gesamtwert von ungefähr 100 000 M. sind gestohlen worden. Schränke und Behältnisse waren erbrochen und viele Möbelstücke zertrümmert und selbst die Böden von den Betten abgezogen. Festgestellt ist das Fehlen von 750 M. barem Gelde, ferner sind gestohlen 44 große und kleine Bettzüge, 26 Laten, mehrere große und kleine Lichtlöcher, 2 Dugend Servietten, mehrere Dugend Damen- und Herrenhandschuhe, Damen- und Herrenunterwäsche, Anzüge und Kleider und verschiedene Schmuckgegenstände, so Broschen und Ohrringe, Türkisen in Silber gefaßt, einen Korallenschmuck, eine Goldbroche mit Perlen, zwei goldene Ringe mit Brillanten, zwei goldene Kneifer und andere Gold- und Silbergegenstände. Vor Ankauf dieser Sachen wird gewarnt. Die Böden sind zum größten Teil R. H. und A. U. und W. R. gezeichnet. Wahrscheinlich haben die Einbrecher die Waare in verschiedenen Koffern und Handtaschen weggeschleppt, die ebenfalls mitgestohlen wurden, so ein Fibelkoffer, ein Rohrstoffkoffer, eine brauneleberne Reisehandtasche und eine graue Handtasche aus Strohleder.

Trotz der reichen Beute scheinen die Einbrecher bei der Tat geortet worden zu sein, da sie noch vieles zurückgelassen haben. Die Verfolgungswut der Einbrecher hat zu der Vermutung Veranlassung gegeben, daß es sich um einen Raubakt handeln könne. Zweckdienliche Mitteilungen zur Aufklärung des Einbruchs sind an Kriminalkommissar Dr. Schuppe, Dezernat B. I., 1, im Zimmer 84 des Polizeipräsidiums zu richten.

Unvorschriftsmäßige Drucksachen.

Was bei Drucksachen zu vermeiden ist!

Für Drucksachen hatte die Reichspost in den Jahren des Aufschwungs mehr und mehr Erleichterungen zugelassen. Jetzt, da die Verwaltung vor dem Einnahmen erziehen will, hält sie auf strenge Einhaltung der in besseren Zeiten gezogenen Grenzen. Die Postbeamten sind, wie berichtet, angewiesen, eifrig und scharf nachzuprüfen. Sie sollen insbesondere auf folgende Verstöße achten:

Drucksachen mit verschiedenen Aufschriften werden zu einer Sendung vereinigt. Es werden namentlich Zeitungen, Briefe oder Zettel mit brieflichen Mitteilungen beigelegt. Sie enthalten Durchdrucke, Pausen oder Durchschläge mit Schreibmaschine. Als Drucksachen werden Sendungen eingeleitet, die als Geschäftspapiere, Mitteilungen oder Warenproben gelten müßten. Vordrucke werden durch Streichungen, Unterstreichungen usw. für den einzelnen Fall zugerichtet. Vordrucke aller Art werden an offen gelassenen Stellen mit anderen als den erlaubten handschriftlichen oder mechanischen Zusätzen versehen. Der Betrag oder der Fälligkeitstag wird handschriftlich oder durch Stempel eingerückt. Es werden fünf Worte handschriftlich zugefügt, während dies nur für Grüße, gute Wünsche usw. bei Besuchen, an Weihnachten und Neujahr, nicht aber an Ostern oder gar Pfingsten erlaubt ist — alles Dinge, die man vermeiden muß.

Ferientheater für Schulkinder.

Das Jugendamt teilt mit: In der Zeit vom 11. Juli bis 13. August d. J. werden auf den Berliner Bühnenspielflächen wöchentlich Ferientheater für Schulkinder abgehalten. Sammelplätze (Schulhöfe) für Hinansbeförderung der Kinder sind:

1. Für Spielplatz Grünwald: Berlin, Wegewegstr. 26, Derfflingerstr. 18a, Culmb. 15, Tempelhofer Allee 20; Charlottenburg, Sophie-Charlotte-Str. 69/70, Krumme Str. 10, Joachimshaler Str. 31/32, Kaiserin-Augusta-Allee; Wilmersdorf: Gieselerstr. 1/7; Spandau: Mauerstraße; Steglitz: Gymnasium Heesstr. 15; Lichterfelde-West: Reuthalerstraße, Ede Händelpfad; Lichterfelde-Ost: 3. Gemeindegemeinschaftskapitänien-Allee 7; Pantlitz: Gemeindegemeinschaftsschulstraße 2; Spielplatz Tege: Berlin: Hannoverstraße 20, Stephanstr. 3, Ostender Str. 29, Müllerstr. 48, Schöningsstr. 17, Bremer Str. 13/17, Turmstr. 76, Alt-Roositz 23, Müllerstr. 158; Reinickendorf: Lindauer Straße, Aug.-Wil.-Allee, Eichbornstraße; Wilmersdorf: Neue Schule, Sommerfeldstraße. 3. Spielplatz Blankenfelde 1: Berlin: Reibelstraße 31, Prenzlauer Allee 227, Poststr. 5, Senefelder Str. 6, Greifenhagen Str. 20; Pantow: Grünowstraße, Kaiser-Friedrich-Straße; Niederschönhausen: Nordend, Rolenthofer Weg. 4. Spielplatz Blankenfelde II: Berlin: Glasstr. 23a, Straßburger Str. 84, Christianiastr. 36, Sonnenburger Str. 20, Diederger Str. 57; Rosenthal: Kastanienallee. 5. Spielplatz Buch: Berlin: Reffstr. 3/4, Gartenstr. 107a, Putzler Str. 3, Schulstr. 99, Pantlitz. 20, Prinzenallee 8, Delesener Str. 22. 6. Spielplatz Wartenberg: Berlin: Meyner Str. 24, Gr. Frankfurter Str. 23, Friedenstr. 1, Rigaer Straße 29, Strohmännstr. 6, Petersburger Str. 4. 7. Spielplatz Hohenschönhausen: Berlin: Hausburgstr. 20, Jellestr. 12, Beitenloferstraße 20; Wefsensee: Wefsenstraße. 8. Spielplatz Blumenthal: Berlin: Gneisenaustr. 7, Dieffenbachstr. 60, Wilmestr. 10, Alte Jotob-

straße 127, Briher Str. 17, Reichenberger Str. 131, Oberl. Str. 51; Stralau-Rummelsburg: Gemeindegemeinschaftsschule 9, Spielplatz Wuhle: Berlin: Köpenicker Str. 125, Mariannenwer 1a, Köpenicker Str. 2, Gohlfest. 61, Lange Str. 76, Markstr. 49, Niederwallstr. 67; Wilmersdorf: Hottelstraße; Oberhönemünde: Frickstr. 10. Spielplatz Fiedrichsberg: Köpenick: Schule Borgmannstraße, Turnhalle, Schule Ostender Straße; Grünau-Bahnhof: Bismarckstraße; Friedrichshagen. 11. Spielplatz Köpenick: Reuthal: Reuthal: Bobbinstraße, Mittelschule Donaustraße, Herzbergplatz, Warthestraße; Schöneberg: 11. Schule Feuerstraße. 12. Spielplatz des Turnvereins „Fichte“: Treptow: Kiehlstr. 46; Baumgartenweg: Kiehlstr. 27/34; Niederschönemünde: Berliner Str. 31; Tempelhof: Bahnhofs; Johannishof: Kaiser-Wilhelm-Str. 5; Uhlershof: Radikstr. 44; Alt-Blumenfeld: Köpenicker Str. 30/31.

Die Kinder haben sich an den Spieltagen bis spätestens 7 1/2 Uhr morgens auf einem der Sammelplätze einzufinden. Die Beiträge der Kinder für Verpflegung, Beförderung usw. betragen täglich: Für 1 Kind 1 M., für ein zweites Kind einer Familie 50 Pf.; weitere Kinder einer Familie sind frei.

Dieser Betrag ermäßigt sich für die Kinder, die ihren Spielplatz im Zufahrtserreich, um die Hälfte (50 bzw. 25 Pf.). Trint- und Eßgeschirr aus Glas oder Porzellan darf auf keinen Fall mit zu den Spieltagen gebracht werden.

Außerdem werden vom 11. Juli bis 13. August d. J. werktäglich von 9—12 Uhr vormittags und 3—7 Uhr nachmittags auf folgenden Spielplätzen und Schulhöfen Bewegungsspiele für Gemeindegemeinschaftskinder veranstaltet: 1. Gneisenaustr. 7 (40, 91, und 101. Gemeindegemeinschaftsschule), 2. Am Urban (Spielplatz), 3. Stößer Str. 55/56 (115, und 237. Gemeindegemeinschaftsschule), 4. Schmidtstr. 33 (62. Gemeindegemeinschaftsschule), 5. Kopenstr. 84 (18. Gemeindegemeinschaftsschule), 6. Andreasstr. 16a (125. Gemeindegemeinschaftsschule), 7. Petersburger Str. 4 (3. 203. Gemeindegemeinschaftsschule), 8. Kraußstr. 43 (38. Gemeindegemeinschaftsschule), nur für Mädchen, 9. Danziger Straße 23 (162./197. Gemeindegemeinschaftsschule), 10. Kopenplatz 12 (1. Gemeindegemeinschaftsschule), 11. Prenzlauer Allee 227/28 (105./121. Gemeindegemeinschaftsschule), 12. In der Einsamen Pappel (Spielplatz Schönhäuser Allee), 13. Straßburger Str. 54 (61., 148., 260. Gemeindegemeinschaftsschule), 14. Wiesenstraße 52/54 (Spielplatz), 15. Bremer Str. 22/33 (Spielplatz), 16. Ede Reibachstraße und Dreihundstraße (Spielplatz).

„Königlich“ möchte wohl auch im Reichsbereich des Polizeipräsidiums Berlin noch manche Verwaltungsstelle heißen? Große Verwunderung erregen am Hause Georgenkirchstr. 1 ein paar Emaillenschüssel mit der Aufschrift „Kgl. Polizeipräsidium Friedrichshagen“. Vielleicht war das „Kgl.“ schon mal notdürftig mit einem Teufel überlebt, der später wieder abfiel oder abgerissen wurde. Aber bemerkt denn das keiner der unteren, mittleren und höheren Beamten, die da ein- und ausgehen? Hätte die verantwortliche Stelle erstliche Reue zur Beseitigung des „Kgl.“, so bräuhete sie noch einem gründlicheren Verfahren zur Austilgung des albernsten Zusatzes nicht lange zu suchen. Auch beim Einwohnermeldeamt des Polizeipräsidiums will man sich immer noch nicht von der ehemaligen „Königlichkeit“ trennen. Noch in diesem Monat Juli ging von dort ein Brief ab, der mit einem Gummistempel „Das Einwohnermeldeamt des Kgl. Polizeipräsidiums“ unterimpelt war. Jeder weiß, wie leicht es ist, aus einem Gummistempel ein Wort herauszuscheiden. Sollen wir glauben, daß der in Frage kommende Beamte nicht begreift, wie sehr der Weitergebrauch dieses Stempels als eine Verhöhnung der durch Gesetz festgesetzten republikanischen Staatsform empfunden werden muß? Es ist ein Skandal, daß nicht endlich die leitenden Persönlichkeiten für strengere Kontrolle sorgen, die solche Dinge unmöglich macht.

Die Kinderhort während der Schulferien. In Anknüpfung an einen Ertrag des Reichsreisebüros, der sich gegen die beabsichtigte Schließung von Kinderbewahranstalten und Kinderhorten verschiedener Städte während der Schulferien wendet, ersucht auch das Preussische Wohlfahrtsministerium die preussischen Verwaltungsbehörden, darauf hinzuwirken, daß die Kinderhorte und Kinderbewahranstalten während der Ferien offengehalten werden. Insbesondere ersucht es dem Wohlfahrtsminister im Hinblick auf die ungünstigen Gesundheitsverhältnisse der Kinder nötig, für die zu betreuenden Kinder Ferienspiele, Tagesausflüge, Lustfährten usw. einzurichten, so daß die Ferienzeit auch den nicht zur Scholung verschickten Kindern gesundheitlich Nutzen bringt.

Ein Mangel im Berliner Uebuch, Ausgabe 1921. Durch Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 26. April 1920 ist die Landgemeinde Wannsee mit dem 1. Oktober vorigen Jahres aus dem Kreise Teitow ausgeschieden und zur Stadtgemeinde Berlin getreten. Wer aber denkt, daß Wannsee auch in der sechsten erschienenen Ausgabe 1921 Aufnahme gefunden hätte, der hat sich leider sehr getäuscht. Bergedens sucht man in dieser Ausgabe Einwohner von Wannsee und den Ortstagesplan. Warum hat Wannsee keine Aufnahme gefunden? Wen trifft die Schuld? Es müßte umgehend dafür gesorgt werden, daß dieser Mangel durch einen Nachtrag ausgeglichen und daß ferner in der Ausgabe 1922 Wannsee nicht wieder vergessen wird.

Einbrecher an der Uebel. Wohnungseinbrecher stahlen bei dem Kaufmann Jakob Reumann in der Rosenthaler Str. 40 außer wertvollen Schmuckgegenständen und einer aus 500 Silbermünzen bestehenden Sammlung 15000 M. deutsches und 10000 M. polnisches Geld, bei der Frau Herdich in der Brandenburgischen Str. 21 für 25000 M. Schmuckgegenstände, Kleidungs- und Wäschestücke, bei dem Schneidemeister Louis Schmidt in der Rabestraße 3 für 15000 M., bei dem Kaufmann Konrad Uhrend in der Birkenstr. 30 für 17500 M. und bei dem Kaufmann Sally Wittmann am Kaiser-Franz-Orenodier-Platz 5 für 51000 M. Sachen aller Art.

Die Berliner Feuerwehr wurde gestern nach der Verlängerung Anprobestraße gerufen, wo in der Kolonie „Reus Heim“ ein kleines Kind in ein Wasserfaß gestürzt und ertrunken war. Die Feuerwehr brachte das Kind sofort nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen, wo es leider gestorben ist.

Nach Unterschlagung von 100 000 M. ist der Kontrolleur beim Amt — Meierei Volle — Johann Rogalla durchgebrannt. Er ist in Bismarckstraße geboren und bewohnte zuletzt in der Hagelberger Straße 21 ein möbliertes Zimmer.

Der frühere Berliner Stadtrat Albert ist am Montag auf dem Zugsamt infolge eines Herzschlages tot zusammengebrochen.

Die Protestversammlung gegen die Schließung der Bahnhofs-Schalter am Bahnhof Nowawes hat bereits am vergangenen Sonntag stattgefunden. Die Kollz im heutigen Morgenblatt beruhte auf einem Versehen.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und überaus heiter, nachts kühl, am Tage ziemlich warm, bei ziemlich stillen nordwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 12. Juli:

114. Alt. Lindenstr. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Riederstr. 114. Alt. Lindenstr. 7 1/2. Der Vorsitzende in Berlin, Sekretär: Genosse Dr. Seidlin. 117. Alt. Lindenstr. 7 1/2 Uhr Parteivorstandssitzung beim Genossen Panbeker, Prinz-Albert-Str. 33. Sämtliche Funktionäre, Betriebsvertragsratsmitglieder und Elternbeiräte müssen erscheinen.

Morgen, Mittwoch, den 13. Juli:

Nowawes. Abends 8 Uhr im Restaurant Thallo-Gold, Einheitsstr. 114, Mitglieder-

Arbeiter Sport.

Arbeiter-Wassersport-Verein Kreis 1. Die nächste Springbrunnenschwimmung findet am Freitag, den 15. Juli im Seebad Rummelsburg (Wuhle), abends 7 Uhr statt. Die beiden Vereine sind verpflichtet, alle Herren, Damen und Jugendspringer darauf hinzuweisen.

Gewerkschaftsbewegung

Betrübte Lohgerber.

Ist auch das ehrbare Handwerk der Lohgerber längst verdrängt, so blieb doch die Erinnerung, in welchen Gemütszustand die Lohgerber gerieten, wenn ihnen die Felle davonschwammen. In diese Verfassung geriet auch jene Gruppe der BVP., die sich so eifrig um den Streik der städtischen Arbeiter bemühte und der nun durch die Beilegung des Gutsarbeiterstreiks die jetzt seltener werdende Gelegenheit zu einer großen „Aktion“ entgangen ist. Das ganze Gewerbe der Millionenstadt Berlin lahmzulegen, das von „Menschgewissen“, und zwar hauptsächlich von der SPD., verwaltet wird, das mühte nicht nur zu einer besseren Note aus Kostau verhelfen, zur Erbauung des „roten“ Gewerkschaftskongresses beitragen, sondern auch für die Neuwahlen im Herbst eine famose Wahlparole, geradezu die Wahlparole der BVP., abgeben. Und da kommen diese SPD.-„Betrübten“ bei und machen dem Streik der Gutsarbeiter ein Ende, versuchen damit die ganze „Aktion“.

Der in diesem Falle zuständige Dezernent der BVP.-Aktion, Herr Max Dörr, ist natürlich am meisten betrübt und sucht unter allerlei belustigenden Grimassen und Schimpfereien seinem gepreßten Herzen in der „Roten Fahne“ vom Sonntag Luft zu machen und von den fortgeschwommenen Fellen noch etwas zu retten. Die Sozialdemokratische Partei werde „die Konsequenz ihres Verbrochens“ tragen müssen. Sie wird mit Freuden bereit sein, die Konsequenz zu ziehen aus der Beilegung des Gutsarbeiterstreiks und dem Scheitern der großen „Aktion“.

Wir haben menschliches Verständnis für solche Situationen genug und auch Sinn für unfreiwilligen Humor, um dem BVP.-Mann Dörr von vornherein mildernde Umstände zuzubilligen. Doch wenn er ausdrücklich auf die untere Grenze der Bertumpung hinweist, müßte er für die Folge denn doch etwas sorgfamer darauf bedacht sein, nicht zu weit unter diese Grenze zu geraten. Selbst wenn er an seinem Schreibtisch die ganze SPD. in seinem Kerger reflexlos „erledigt“ hat, so muß er sich doch sagen, daß die armen Menschen, die ihr heute noch angehören, nachher nicht wüßten, wo sie blieben, und es sich doch auch von Herr Dörr nicht gefallen lassen müssen, „als geistig Arme oder als Lump unter Lumpen“ bezeichnet zu werden.

Es lohnt sich nicht, den Folgen hier weiter nachzugehen, die die Betrübten ab der fortgeschwommenen Felle bei Dörr genommen hat. Nur die Methode sei kurz gekennzeichnet, die D. bei seiner Darstellung des Streikverlaufs anwandte.

Es ist ein Unterschied, ob ein Sozialdemokrat zu einer gewerkschaftlichen Lohnforderung als Vertreter seiner Organisation oder als Arbeitgebervertreter der Gemeinde Berlin Stellung zu nehmen hat. Er muß in jedem Falle die Interessen der Arbeitslosen vertreten. Es ist nicht gesagt, daß die reifliche Erfüllung jeder e der Forderung, die ein kleiner Teil der Arbeiter erhebt, auch im Interesse der Gesamtheit liegt. Das Ganze steht höher als ein einzelner Teil. Der „Vorwärts“ hat am Sonntag in einem Artikel in der 2. Beilage die Verhältnisse eingehend geschildert. Dörr verschweigt diesen Unterschied. Für ihn ist jeder SPD.-Mann, sei er Gewerkschaftsfunktionär, sei er als Stadtverordneter Arbeitgebervertreter des Magistrats, sei er als Magistratsmitglied zur Ausführung dessen Beschlüsse verpflichtet, wie z. B. Genosse Koblenzer, als er die Verbindlichkeit des Schiedspruches beantragte — „Sozialverräter“. Das war für Dörr zu „beweisen“, und alles, was etwa dieser Beweisführung hinderlich ist, muß als unbequem beiseite geschoben werden. Dem Genossen Koblenzer wird insbesondere zum Vorwurf gemacht, er habe als Befehlshaber einer Verhandlungskommission dem Oberbürgermeister eine Nachricht mit zu überbringen gehabt, sich jedoch im Vorzimmer von den übrigen Beauftragten

getrennt, um zunächst allein mit dem Oberbürgermeister zu sprechen. Was er mit demselben gesprochen hat, gibt Dörr in der „Roten Fahne“ festgedruckt wieder: „Er hat diesem mitgeteilt, daß es in der augenblicklichen Situation darauf ankomme, den Streikbeschuß der gerade tagenden Funktionärversammlung durch eine Mitteilung zu verhindern.“ Dem wahrheitsliebenden Herrn Dörr war bekannt, daß der Magistrat sich festgelegt hatte. Es kam nun aber zunächst darauf an, den Oberbürgermeister zu informieren, worauf es zunächst ankomme, um ihn zu bewegen, von dem Beschlusse, an den er gebunden war, abzugehen. Es konnte sich nicht um irgendeine „Mitteilung“ handeln, um den Streikbeschuß „zu verhindern“, vielmehr konnte dies nur durch eine bestimmte Zusage des Magistrats erreicht werden. Es war in dieser Situation geradezu Pflicht des Magistratsmitgliedes Koblenzer, die Zusage zu erzielen, und was ihm Dörr hier zum Vorwurf macht, ist geradezu ein Verdienst um die Beilegung des Streiks. Es ist immer ein „Doppelspiel“, wenn der eine die Rolle des Vertreters der fordernden Arbeitnehmer einzunehmen hat und der andere die Rolle des Vertreters des Arbeitgebers. Und die Stadt Berlin als Arbeitgeber kann im allgemeinen jeder Sozialdemokrat vertreten.

Die Kommunisten „kämpfen ohne Kompromisse“. Während sie ihre Aufgabe im „Aktionsmachen“ erbilden, sehen wir unsere Aufgabe nach wie vor in der Verflüchtigung. Das ist der fundamentale Unterschied zwischen SPD. und BVP., der Unterschied zwischen vernünftigen Leuten und betrübten Lohgerbern überhaupt. Und darum das Geschrei der Kommunisten, das sie darüber noch weiter fortführen werden, bis sich für sie wieder eine neue Gelegenheit zur Aktion zeigt.

Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit.

Die stetig zunehmende Zahl der Arbeitslosen macht es der in Arbeit stehenden Arbeiterschaft zur Pflicht, umgehend die Frage zu besprechen, inwieweit es möglich ist, die augenblickliche Not der bedauernswerten Arbeitslosen zu mildern, bevor von Reich, Staat und Gemeinde weitere durchgreifendere Maßnahmen erfolgen. Die gewerkschaftlichen Instanzen haben sich wiederholt und eingehend mit der Frage der Arbeitslosigkeit und deren Folgen beschäftigt. In der letzten Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission wurde von einigen Rednern darauf hingewiesen, daß im Interesse der Arbeitslosen zuerst streng darauf gehalten werden müßte, daß in allen Betrieben, wo der achttündige Arbeitstag besteht, derselbe auch eingehalten und die Leistung von Ueberstunden auf jeden Fall unterbleiben müßte; darüber hinaus müßte versucht werden, die Arbeitszeit zu verkürzen, um dadurch Stellen für die Arbeitslosen frei zu machen. Auch eine materielle Unterstützung der Arbeitslosen durch die Arbeitenden müßte in Betracht kommen.

Von verschiedenen Seiten sind uns Mitteilungen zugegangen, wonach in einzelnen Betrieben im Nahrungsmittelgroßhandel seit langer Zeit Ueberstunden in großer Zahl geleistet werden. Dies ist ein schreiendes Unrecht gegen unsere arbeitslosen Brüder, und es muß unter allen Umständen Wandel geschaffen werden.

Um zu diesen brennenden Fragen Stellung zu nehmen, findet am Donnerstag, abends 7 Uhr im Schultheiß-Auskant Neue Jakobstraße 24/25, eine allgemeine Versammlung der Betriebsvertrauensleute, Betriebsräte und Betriebsobleute aus den Betrieben der Nahrungs- und Genussmittelbetriebe der Sektion VIII des Deutschen Transportarbeiterverbandes statt. Jeder der in Frage kommenden Funktionäre, welcher Mitgefühl für unsere arbeitslosen Brüder hat, muß bestimmt zu dieser Versammlung erscheinen.

Die Sektionsleitung.

Streik in den mecklenburgischen Ostseebädern.

Entgegen den durch die Presse laufenden Notizen, die von einem Fehlschlagen des Streiks der Hotelangestellten in den mecklenburgi-

chen Ostseebädern sprechen, stellt die Organisationsleitung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten ausdrücklich fest, daß bisher lediglich die Angestellten eines Ostseebades, und zwar die des Badeortes Brunsbüttel-Brandsee, die Arbeit eingestellt haben, um an Stelle des Trinkgeldes angemessene Bezahlung seitens der Arbeitgeber zu erreichen und zu verhindern, daß das Publikum durch Erhebung von Prozentsätzen überorientiert wird. Der Streik in Brunsbüttel, an dem 32 Betriebe beteiligt waren, ist innerhalb eines Tages durch Anerkennung der Forderungen beigelegt. Sollten die Arbeitgeber der übrigen Ostseebäder in Mecklenburg, Warnemünde, Heiligendamm und Müritzhagen nicht zu tariflichen Abmachungen mit der Angestelltenorganisation kommen, ist auch an diesen Plätzen ein Streik zu befürchten.

Zur Lage der Molkereiarbeiter.

Vom Verband der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten wird uns geschrieben:

Ein geradezu klassisches Beispiel für die Unrichtigkeit der Behauptung, daß die hohen Preise von den hohen Löhnen herrühren, bieten die Arbeits- und Bezahlungsverhältnisse bei den in der Land- und Forstwirtschaft und deren Nebenbetrieben tätigen Angestellten. So ist z. B. in den Meiereien und Käseereien in verschiedenen Gegenden Deutschlands die normale Arbeitszeit 12 bis 14 Stunden den Tag. Im Freistaat Danzig und einem Teil Ostpreußens wird sogar 16 Stunden gearbeitet bei einer Bezahlung von 150, 200 und 250 M. Lohn im Monat und freier Station. Da Sonn- und Feiertags ebenfalls gearbeitet wird — etwa 10 Stunden den Tag —, so kommt eine Arbeitszeit von mindestens 84 Stunden in einer Woche heraus, die nicht selten auf 100 und darüber steigt. Ruhetage in der Woche sind etwas vollständig unbekanntes. Dabei ist die Stellenlosigkeit in diesem Berufszweige infolge des durch die Kriegsfolgen bedingten Rückganges der Milchlieferungen in die Meiereien und Käseereien eine ganz ungeheure. Der Reichsarbeitsminister wurde am 23. Mai in Form einer Eingabe auf diese Verhältnisse von uns aufmerksam gemacht. Schätzungsweise 60—70 Proz. der Berufsangehörigen sind stellenlos. Auf eine Stelle melbten sich (nachweisbar) mindestens 50 Bewerber.

Diese unglaublichen Zustände, deren Darstellung durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit macht, konnten natürlich nur in einem Beruf entstehen, dessen Angehörige auf der einen Seite vom Arbeitgeber in einem wahrhaft patriarchalischen Abhängigkeitsverhältnis gehalten werden, während auf der anderen Seite ein Teil sich immer noch nicht vom Ständebüchel freimachen kann. Zu ihrem eigenen Schaden, wie wir sehen. Eine Aenderung wird auch hier erst dann möglich sein, wenn die betreffenden Arbeitnehmer sich von ihren deutschlandweiten oder christlich-sozialen Vereinigungen abwenden und den Kollegen sich anschließen, die in dem freigewerkschaftlichen Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellter, Berlin SW. 48, Entschlag 6, organisiert sind.

Erst dann wird es den Molkereifachleuten möglich sein, sich die Bezahlung und die Beachtung zu erkämpfen, die ihnen nicht nur als Menschen, sondern auch als äußerst wichtiger Faktor des Wirtschaftslebens gebührt.

(Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck ersucht.)

Molkereiarbeiterverband. Verzeichnis der Geschäftsstellen und Stellenanfragen. Heute 6 Uhr Versammlung im Bureau, Stralauer Str. 64. Wichtige Tagesordnung.

Verantw. für den Inhalt: Leit. Dr. Werner Keller, Charlottenburg: 100 Kreuzberg 24. Wlad. Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Sonntags 3.

Bezirksverb. Berlin SPD.
12. Abteilung.
Am Sonntag, 10. Juli,
verkauft unter alter treuer
Parteiliebe, der Juwelle
Heinrich Damsch
Wahlbericht 20
im Alter von 72 Jahren.
Ehee seinem Kunden!
Sicherstellung: Sonntags,
14. Juli, nach 2 Uhr,
im Speiseraum Baum-
schulweg. 210/15
Um rege Beteiligung bittet
Der Abteilungsleiter.

Metall-Bettstellen
Kinderwagen, Bett-
federn, Korbmöbel
Fürst, Neukölln
Hermannstraße 38
Ecke Mahlower Str.
Fabrikpreise
Lieferung
frei Haus
Fabrik f. Ruhedetten, Auflege-
matratzen u. Feldbettstellen.

Brillanten, Juwelen
kauft auch ganze Nachlässe
besonders große Posten
gute Ware, zum höchsten Kurs
Amsterdamer Diamantenschleiferei
Gegr. 1892. 160 Friedrichstr. 160

Zähne von 5 M.
an
Erstkl. Ausführung. 5 Jahre
Garantie. Umarmt, alt, Gebisse.
Reparaturen sofort. Goldkrän-
zchen. Teilzahl. 9-7, Sonnt. 9-1.
Hempel, Dentist, Linienstr. 220, nahe Schön-
hauser Tor.

Stinnes Neu!
und seine
600000 Arbeiter
Von Kurt Heinig
Eine überaus interessante Schrift, die Hugo
Stinnes Herkunft u. Aufstieg schildert, sowie
seine ganze ungeheuerliche Macht, seine Be-
teiligungen, Einflüsse und Operationen auf
Grund eines reichen zuverlässigen Materials
kritisch aufdeckt.
Preis 2,50 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 65, Lindenstraße 2

Nutzeisen
Stabstabe, Bloche, T-Träger, U-Eisen, Rohre,
Keiten, Lagerböcke, Riemenschalen, Fußstapfen
usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben
Nutzeisenabteilung, Bin.-Neukölln
Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170
COHN & BORCHARDT
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 47/48
Telegr.-Adresse „Erzobor“. Tel. Lichtenb. 646/647

Kindermilch
L. feinstes Pulverform. Reine Schiess-Holst. Vollmilch,
vollkommen löslich. Empfohlen von allerersten Autori-
täten der Kinderheilkunde. — Versand
Vereinigte Milchgesellschaften m. b. H.
Berlin W., Mauerstr. 77. (Zentrum 10928/10929.)

10 M.
wöchentliche
Teilzahlung
offizieren wir
Gardinen
Stores, Kallergardinen, Tisch-
decken, Stoppdecken, Chais-
langendecken, Bettwäsche
Teppiche
in nur guten Qualitäten
und allen Größen
Gebr.
Kassner
Büllostr. 6, am Noll-
dorplatz.
Geöffnet 1-7

Unser Jahres-jähriger Saison-Ausverkauf

bietet eine außerordentlich günstige Gelegenheit zu enorm billigen Einkäufen!

Kleiderstoffe

Zephir für Blusen, Kleider und Hemden	Meter	875
Bedruckte Schleierstoffe hellgründig	Meter	950
Dirndlstoffe 80 cm breit, reizende Muster	Meter	1085
Schleierstoffe weiß, 115 cm breit	Meter	1475
Reinwoll. Cheviot marine, schwarz, doppeltstr.	Meter	2750
Schwarzweiße Karos für Röcke u. Kleider, doppeltbreit	Meter	1485
Blusenpopeline mit Kunstseideeffekten	Meter	1675

Fertige Wäsche

Damen-Hemden mit reicher Stickerei	1985
Damen-Hemden Prima Hemdentuch, mit Stickerei, Ein- und Ansatz	2385
Damen-Unterröcke mit breitem Stickerei-Volant	3500
Damen-Beinkleider Knieform, mit breiter Stickerei	1985
Damen-Untertaillen mit Stickerei	950
Damen-Prinzeßrock reich mit Stickerei garniert	5750
Damen-Nachthemden mit elegantem Stickerei reich garniert	5250

Baumwollwaren

Hemdentuch kräftiges Gewebe	Meter	690
Renforcé 80 cm breit, für Leib- und Bettwäsche	Meter	1050
Bettkattun in vielen Mustern	Meter	1175
Bettlaken in ganzer Bettbreite, fertig gestickt	Stück	4650
Fertiger Bettbezug mit zwei Klappen vom Knöpfen	Stück	8500
Damast-Handtücher kräftiges Gewebe	Stück	1475
Lederstaubtücher inlitiert	Stück	195

Konfektion

Batistblusen modern verarbeitet, in dunklen Farben	1385
Zephir-Blusenhemden offen geschlossen zu tragen	2985
Kostümröcke grau und marine, mit Knopfornament	1950
Batistkleider Kimonoform in dunklen Farben	2950
Dirndkleider mit Sammetband und Spitzen garniert	5700
Regenmäntel imprägniert, weinrot, grün, bla	16500

Strumpfwaren

Damenstrümpfe engl. lang, schwarz, weiß, leder	475
Kindersöckchen Bootposten, schwarz und braun, Größe 1-3	225
Herrnsocken grau, mit Patentchaft	325
Damenhandschuhe lang, reine Seide, schwarz	495
Damen-Schlupfhöschen in vielen Farben	1375
Herrn-Makohemden porze, mit buntem Einsteck	2875

Bedarfsartikel

Herrn-Oberhemden u. Faltenbrust u. Manchetten	6800
Stehumlegekragen für Herren, pa. vierfach	475
Damenkorsette mit Spitze garniert	1575
Damenzierschürzen ganz aus weißem Stückreistoff	1475
Blusenschürzen hell und dunkel, Muster, reich garniert	1975
Wiener Schürzen Dirndlmanier mit Volant und Träger	2475

Für die Reise

Herrnrucksäcke mit ein und zwei Taschen	450
Reisemützen moderne Form, aus kariertem Wollstoff	1250
Damen-Reiseschals in verschiedenen Farben	1675
Kinderstrohüte für Kleinen und Mädchen	195
Damen-Lackgürtel in verschiedenen modernen Farben	175
Damenkragen und Jabots moderne Formen	685

Einzel- und angestaubte Wäschegegenstände, Reste und Abschnitte von Wäschstoffen, Wollstoffen, Seide, Hemdentuchen, Handtüchern usw. zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Kaufhaus Singer & Co., Chausseestr. 61-62